

Dokumentation

56. Sitzung des Stadtforums Berlin am
7.Juni 1996

Zukunft der Arbeit und ihre Standorte in der Stadt

Kontakt

Stadtforum Koordinationsbüro E-Mail
info@stadtforum-berlin.de

Protokoll der 56. Sitzung des Stadtforums

Thema: Zukunft der Arbeit und ihre Standorte in Berlin

Zeit: 07. 06. 1996 14.00-19.25 Uhr

Ort: Die Wallhöfe, Wallstraße 23/24, 10179 Berlin-Mitte

Anwesend: ca. 90 Personen

Tagesordnung

Julian Wekel (SenSUT)

Wirtschaftsstandort Berlin im Umbruch - eine Bestandsaufnahme

Hasso Düvel (IG Metall Brandenburg-Sachsen, Berlin) Neue

Wege in die Vollbeschäftigung

Dr. Werner Dostal (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg) Urbane

Arbeitsgesellschaft in der Metamorphose

Diskussion

Prof. Dr. Dietrich Henkel (Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin) Zeit und

Stadt - ein Arbeitsprogramm

Dr. Ulrich Pfeiffer (empirica, Bonn) Soziale Stadterneuerung

und räumliche Clusterung

Dieter Hoffmann-Axthelm (Architektur- und Stadthistoriker, Berlin) Die

dritte Stadt

Diskussion Zusammenfassung des

Moderators

Julian Wekel Wirtschaftsstandort Berlin im Umbruch - eine

Bestandsaufnahme

Die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, so J. Wekel, führen derzeit nicht zu der gewünschten Reindustrialisierung der Berliner Wirtschaft und zu den 1991/92 avisierten 300 000 Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe. Flächenengpässe sind nicht mehr ein Grund für wirtschaftsstrukturelle Probleme der Stadt. Vielmehr kann die öffentliche Hand nicht mehr so stark wirtschaftsfördernd eingreifen, da die

entsprechenden Mittel nicht mehr in dem gewohnten Umfang bereitstehen. Das bedeutet auch, daß die Stadtentwicklungsplanung einen jetzt nur noch verkleinerten Beitrag zur Problemlösung bzw. zum notwendigen Modernisierungsprozeß beisteuern kann. Grundsätzlich steht die Frage, wie es im gegenwärtigen Strukturwandel gelingen kann, eine nachhaltige Reorganisation der ökonomisch-sozialen Basis von Stadt zu schaffen.

Hasso Düvel Neue Wege in die
Vollbeschäftigung

H. Düvel führte aus, daß durch neue Produkte, Produktsysteme und Innovationen der Trend zu starken Arbeitsplatzverlusten gebremst werden kann. Dieser Prozeß muß durch den Staat dynamisiert werden. Notwendig ist auch eine konzertierte Innovations- und Arbeitsmarktoffensive, getragen von der Wirtschaft, der Politik und den Arbeitnehmervertretern. Wichtig ist hierbei die Region, deren Innovationsfähigkeiten und Ressourcen geortet, gebündelt und entwickelt werden müssen. Eine Verbindung von Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung ist vorzunehmen. Eine wichtige Rolle bei regionalen Wirtschaftsoffensiven sollte einem Regionalforum zukommen, das u. a. sachliche und problemorientierte Dialoge zu sichern und Konzepte und Strategien zusammenzufassen hat.

Dr. Werner Dostal Urbane Arbeitsgesellschaft in der
Metamorphose

Der Referent verwies darauf, daß der Wandel der Industriegesellschaft die Frage nach neuen Produktionsstrukturen und ihrer organisatorischen Realisierung stellt. Diese Fragestellung kann aufgrund ihrer hohen Komplexität nur provisorisch beantwortet werden. Hierbei sind verschiedenste Faktoren zu berücksichtigen, wie etwa die zunehmende räumliche Trennung von industriellen Produktionsprozessen und ihren Arbeitsplätzen, die Auflösung von Produktionsbetrieben bei gleichzeitigem Entstehen von Produktionsnetzwerken oder die Lösung der wirtschaftlichen Aktivitäten vom , Produkt und ihre Hinwendung zu Informationen. Weitere aktuelle Entwicklungstrends liegen im Konvertieren von Betriebsstrukturen, in der verstärkten Produktion auf Abruf an Stelle der Lagerung von Fertigprodukten und bei einer zunehmenden Beschäftigung von freien Mitarbeitern statt abhängig Beschäftigter.

Diskussion

Volkmar Strauch bemerkte, daß man **auf Innovationen** nicht verzichten könne, ansonsten würden noch mehr Produktionen auslaufen. Allerdings sei bei den deutschen Unternehmen eine Innovationsarmut festzustellen, die nicht nur von den Standortbedingungen abhängt, sondern aus einer Innovationsfähigkeit komme, die aus einem hohen Lebensstandard, aus einem relativ hohen Wettbewerbsvorsprung der letzten Jahrzehnte und aus der Ablehnung von Veränderungen resultiere. Industrielle Produktion müsse in der Stadt angesiedelt bleiben. Nur auf Dienstleistungen zu setzen, sei nicht der richtige Weg.

Frau Winkler vom Bund Deutscher Architekten meinte, daß für eine **Innovationsoffensive** eine positive gesellschaftliche Grundstimmung, entsprechende Motivationen, Risikobereitschaft, die Bereitschaft **zu** Veränderungen notwendig seien. Diese offene positive Dynamik existiere aber in Berlin nicht. Vielmehr seien Verunsicherungen und Beharrungsvermögen spürbar. Über Veränderungen werde meist nur gesprochen. Hinzu kämen die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, so daß in der Stadt insgesamt eine depressive Stimmung herrsche. Von Innovationsbereitschaft könne in der jetzigen Situation kaum gesprochen werden. Eckard Feddersen fragte nach den Rahmenbedingungen für Innovationen und nach den Entwicklungstrends und der wünschenswerten Größe von innovativen Unternehmen.

Peter Strieder ging es um die Bedingungen für Arbeit in der Stadt. Diese zu verbessern erfordere ein Denken über die bestehende Situation hinaus. Krisenmanagement allein reiche nicht aus. Man müsse sich den Stand der Entwicklung und die Perspektiven deutlich vor Augen führen. Allerdings würden **Mythen** den Blick verstellen. So gebe es einen Undurchschaubarkeitsmythos, der aus der Ansicht resultiere, daß die ablaufende Entwicklung zu kompliziert sei, als daß man sie durchschauen könne. Dann gebe es einen Dienstleistungsmythos, nach dem der Aufschwung des Dienstleistungssektors die Arbeitsgesellschaft retten werde. Schließlich komme der Kostenmythos hinzu, d. h., würden die Lohnkosten sinken, kämen Arbeitsplätze hinzu. Diese Mythen verstellten jedoch den Blick für Lösungen. Es komme also auf Analysen der bisherigen Entwicklungen und der aktuellen Situation, auf das Aufspüren von Entwicklungstendenzen an.

Ulrich Pfeifler bemerkte, daß es in einem vernetzten System schwer sei, die relevanten Verknüpfungen der verschiedensten Tätigkeiten ausfindig zu machen. Die **Beschäftigungsrelevanz** der einzelnen Elemente des Systems sei also nur schwer feststellbar. Zudem könne man in einem solchen System kein Glied herausbrechen

oder isoliert betrachten. Daher könne auch nur schwer die beschäftigungskreative Arbeit bestimmt werden.

Karlheinz Wuthe verwies darauf, daß die veränderte Betrachtung des Themas Arbeit in der Stadt auch Änderungen des Flächennutzungsplans von Berlin notwendig mache. So seien **Flächen** als Industrieflächen ausgewiesen, die in der jetzigen Situation nur noch bedingt optimale Bedingungen für die Entwicklung von Produktionen in der Stadt böten. U. Pfeiffer fügte hinzu, daß trotz Schrumpfung der Produktion in Berlin ausreichend Industrieflächen vorgehalten bleiben müßten, um auf neue Entwicklungstrends und -ansprüche reagieren zu können. Vollrad Kühn meinte, daß das Flächenthema in Berlin noch nicht gelöst sei. Trotz großer Flächenreserven seien noch bestimmte Flächentypen für bestimmte Produktionen notwendig, so "Schmuddelecken" für Low-Tech-Produktion oder Nischen für kleine Produktion. Auch sollten mehr Flächen als Mischflächen ausgewiesen werden.

K. Wuthe fragte nach **Leitbildern** für die Entwicklung der künftigen **Arbeitsgesellschaft**. Wichtig seien sie besonders für den Dienstleistungsbereich, da dieser der wesentliche Wachstumsbereich der Stadt sein werde. Verbunden damit sollten konkrete Vorstellungen über die Beschaffenheit der Arbeitsplätze werden. Auch müsse man die Frage beantworten, ob die Bebauung etwa des Alexanderplatzes ein Zukunftsmodell für die Entwicklung von Arbeit in der Stadt sein könne.

V. Kühn plädierte für Mischformen in der **Arbeitsmarktpolitik**, um etwa die Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Umweltpolitik stärker verzahnen zu können. Fördermöglichkeiten für den zweiten Arbeitsmarkt müßten ausgeweitet und für Mischformen angewendet werden. Projekte und insbesondere auch Selbsthilfeprojekte sollten stärker gefördert werden. Daneben müsse sich Berlin nicht nur auf High-Tech oder auf die Informationsgesellschaft konzentrieren, sondern auch auf niedrighwellige Produktionen.

Peter Grottian stellte fest, daß die **Arbeitslosigkeit** trotz aller besprochenen Möglichkeiten und Strategien kaum nennenswert zurückgedrängt werden könne. Die Stadt müsse also mit sehr vielen Arbeitslosen leben. Damit stehen die Fragen, was die Stadt bzw. die Gesellschaft mit den Arbeitslosen mache, welche Strategie sie im Umgang mit ihnen anwende. Traditionelle Denkmuster und traditionelles Krisenmanagement hülften kaum. Auch müsse der traditionelle Arbeitsbegriff fallengelassen werden. Es gehe um gesellschaftlich notwendige Arbeit und deren Finanzierung. Der **Arbeitsmarkt von unten** müsse als der entscheidende betrachtet werden. Bürokratische Programme von oben nützten da wenig. E. Feddersen betonte,

daß es notwendig sei, über die Perspektiven der verschiedensten Berufe in der Stadt nachzudenken und damit auch darüber, welche Arbeitsvolumen von den einzelnen Branchen erbracht werden können. Herr Götz plädierte für **pragmatische Modelle** der Arbeitsplatzsicherung und -Schaffung. Trotz der Notwendigkeit von Visionen sollten kurzfristige Strategien entwickelt und umgesetzt werden. Dabei sei von traditionellen Rahmenbedingungen wie feste Arbeitszeit und fester Arbeitsort abzugehen, um über solche Flexibilisierung die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen zu stärken.

Hartmut Häusermann bezweifelte, ob die Frage nach **Erwerbsarbeit** auch die richtige für die zur **Entwicklung der Städte** sei. Man müsse sich darüber klar werden, was , Erwerbsarbeit für die Städte noch leisten könne, aufweichen Grundlagen die Entwicklung von Erwerbsarbeit beruhe und welche Kräfte ihre Expansion ermöglichten. Dies seien die zentralen Fragen für den städtischen Arbeitsmarkt und würden durch die Politik der Stadt entscheidend beeinflußt werden können. Es müsse geklärt werden, welche Bedingungen für die Entwicklung von Erwerbsarbeit in der Stadt bestehen sollten und von wem und wie sie zu erreichen seien.

Franziska Eichstädt-Bohlig führte aus, daß weiteres Wachstum keine neuen Arbeitsplätze schaffen werde. Auf diesen Weg zu setzen sei illusorisch. Auch Innovationen würden die angesprochenen Probleme nicht lösen, vielmehr würden sie nur zu Problemverlagerungen und kaum zu neuen **Arbeitsplätzen** führen. Allerdings seien **Innovationen** ein wichtiges Element von Gesellschaftspolitik. Ausgebaut werden müsse der Sektor der ökologischen Innovationen. Ein weiteres wichtiges Element von aktiver Arbeitsmarktpolitik sei die Arbeitszeitverkürzung. Lohnnebenkostensenkung ließe sich nur begrenzt anwenden. Auch müsse in die Überlegungen der landwirtschaftliche Sektor und dessen Ökologisierung einbezogen werden. Klar müsse man sich auch über die negativen Folgen für den Arbeitsmarkt durch **Kapital- und Bodenspekulationen** werden, über die Vernichtung von Arbeitsplätzen im Einzelhandel durch die Errichtung von großen Verbrauchermärkten auf der grünen Wiese. Schließlich forderte sie den Schutz der kleinen und mittleren Unternehmen vor der Expansion der großen Industrie, was eine Förderung der lokalen Ökonomie erfordere. Der Selbstversorgungswirtschaft sollte mehr Raum gegeben werden.

Norbert Meisner verwies auf den Wettbewerb zwischen den Industrienationen, der die Grundbedingungen für die Entwicklung der Arbeitsgesellschaft stelle, die man nicht durch lokale oder regionale Politiken oder durch den Rückzug vom Weltmarkt umgehen könne. Auf dem **Weltmarkt** müßten sich die Produkte behaupten.

In den **Schlußbemerkungen** verwies W. Dostal darauf, daß die Informationsgesellschaft wie auch die Berufe, die mit Informationen umgingen, klar zu definieren seien. Die Sinnhaftigkeit der Informationsgesellschaft könne jedoch nicht geklärt werden, da die unterschiedlichsten Bewertungen möglich seien. Aus Sicht der Ökonomie mache die Informationsgesellschaft Sinn, wenn sie Kaufkraft erzeuge. Bei der Organisation abhängiger Erwerbsarbeit gehe es auch immer darum, wie die sozialen Bedürfnisse in der Gesellschaft gesichert werden können. Zu fragen sei, ob die Arbeit so geändert werden könne, daß der, der nicht unbedingt auf das Arbeitseinkommen angewiesen ist, auch nicht am Arbeitssystem teilnehme. Die Monopolisierung der sozialen Sicherung und gesellschaftlichen Einbindung auf den abhängigen Arbeitsplatz, wie sie in den Zeiten der Vollbeschäftigung vorgenommen wurde, müsse überdacht werden. Die Erwerbsarbeit sollte von der sozialen Sicherung befreit werden. Neue Wege für die Organisation von Arbeit, die gesellschaftlich verträglich sei und die Arbeit nicht unmäßig verteuere, müßten gefunden werden. Die Entwicklung der Vernetzungen scheine zu einer größeren Internationalisierung und höherer Arbeitsteilung zu führen. Die Komplexität von Arbeitsprozessen würden weiter steigen, aber auch bewältigbarer werden. Damit gewinne der Informationsbereich weiter an Bedeutung. Die Kontinuität von Erwerbsarbeit werde gleichzeitig abnehmen.

H. Düvel meinte, daß die von ihm geforderte Innovationsoffensive in Berlin schwierig auf den Weg zu bringen sei. Dies hänge von vielen Faktoren ab. Wichtig seien eine konzentrierte Vorgehensweise, ein dialogorientiertes Arbeiten und eine vernetzte Diskussion.

Für J. Wekel war es wichtig, daß die aktuelle Situation Berlins klar und ungeschönt zur Kenntnis genommen werde. Dies sei Voraussetzung für die Formulierung von konkreter Politik und von Entwicklungsperspektiven. In Berlin müsse eine dienstleistungsorientierte Produktion aufgebaut werden. Die Strategien zur Stadtentwicklung und zur industriellen Entwicklung müßten stärker verknüpft werden. Die Fragen der Standortprofilierung und Flächensicherung müßten weiter diskutiert sowie ihre Relevanz für die Stadtentwicklung geklärt werden.

Prof. Dr. Dietrich Henkel Zeit und Stadt -
ein Arbeitsprogramm

Der Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft führt nach D. Henkel u. a. zu einer Auflösung der traditionellen Arbeitsverhältnisse und damit auch zu Veränderungen

der Arbeits- und Betriebszeiten. Dies ändert die Rhythmen, in denen die Stadt lebt. Die Rhythmen werden diffuser, da sich die Arbeitszeitlagen individualisieren und die Lebensprozesse flexibilisieren. Durch die Diffusität der Rhythmen wird ein Zeitmanagement zu einer ständigen Aufgabe. Eine Konsequenz für die Stadt ist, daß sich die Nachfragen nach Dienstleistungen zeitlich ungleichmäßiger verteilen. Dies gilt für die Verkehrs- und Energienachfrage oder für die Freizeit. Tendenziell führt diese Entwicklung auch zu einem höheren Flächenverschleiß und Umweltverbrauch.

Dr. Ulrich Pfeiffer Soziale Stadterneuerung und
räumliche Clusterung

U. Pfeiffer stellte die Frage, welche räumlichen Konsequenzen die hohe auf längere Sicht bestehende Arbeitslosigkeit nach sich zieht. Räumliche Konzentrationen von Arbeitslosen und Armen in der Bundesrepublik Deutschland deuten sich an, auch wenn hier die Situation noch nicht so gravierend ist wie in England oder den USA. Allerdings gibt es in Deutschland schon Problemgebiete und damit die Gefahr einer Stigmatisierung von Quartieren. Um einer weiteren, auch räumlich bezogenen, Desozialisierung entgegenwirken zu können, müssen die staatliche Förderpraxis effektiviert und eine Koordination der Bemühungen der verschiedensten Verwaltungen erreicht werden. Dabei geht es um die Rückgewinnung von sozialer und ökonomischer Kompetenz der ausgesteuerten Menschen.

Dieter Hoffmann-Axthelm Die
dritte Stadt

D. Hoffmann-Axthelm geht es um die Stadt als Arbeitsalltag. Seit 1989 werden in Berlin Elemente beseitigt, die für informelle Arbeitssituationen notwendig sind. Damit wird Stadtentwicklung kontraproduktiv. Die angewandten Strategien konnten ebensowenig den Negativtrend stoppen bzw. einen wirtschaftlichen Strukturwandel begünstigen. So behindert die Berliner Flächenstrategie etwa die Realisierung des stadtplanerischen Ziels einer durchmischten Stadt. Die Strategie der Technologieförderung leidet u. a. an schwerwiegenden Kommunikationsdefiziten, so daß der wirkliche Wert von Innovationen oft nicht eingeschätzt werden kann. Die Strategie der Entwicklungsgebiete verbraucht meist enorme Mittel, schränkt die planerischen Aufgaben der Stadt ein und bürdet der Stadt zusätzliche Aufgaben auf, wie die Altlastenbeseitigung oder die Bestandsräumung. ' Diskussion

U. Pfeiffer bemerkte, daß in einer Gesellschaft mit aufgelösten festen **Zeitstrukturen** die Menschen neue Fähigkeiten entwickelt hätten und sich neue gesellschaftliche Netze zwischen denen herausbilden werden, die in ähnlichen Zeitstrukturen leben. Es würden damit auch feste und neue Wertmaßstäbe entstehen. Für V. Strauch war die **Zeitflexibilisierung** nicht aufzuhalten. Daher sollten **Steuerungsstrategien** entwickelt werden. Ein Abbremsen der Entwicklung sei der falsche Weg. Klarheit müsse man sich über die Auswirkungen auf die Stadt schaffen. Berlin könne mit diesen Veränderungen umgehen.

H. Häusermann wollte wissen, ob die **Mobilitätsveränderungen** auch die **Zentralität** der Stadt modifizieren, wie es sich etwa bei den Bahnhöfen abzeichne, die zu zentralen Orten würden, d. h., daß die zentralsten Orte auch die mobilsten Orte seien. Hans Stimmann fügte hinzu, daß die Auswirkungen der Auflösung von traditionellen Zeitstrukturen auf den Stadtypus geklärt werden müßten. Es könne der Entwicklungsstand eintreten, daß die Tankstelle und das Straßenkreuz zu Stadtersatz würden. Um dies zu verhindern bzw. den gewollten Typus der gemischten Stadt zu erhalten, müsse man sich politisch verhalten. Grundsätzlich seien die Konsequenzen für die Stadtentwicklung zu prüfen und gegebenenfalls Änderungen etwa der Flächennutzung vorzunehmen. Für V. Strauch führt die Entwicklung zu multifunktionalen Orten, die gut erreichbar seien. Dezentral gelegene Orte würden hingegen an Bedeutung verlieren.

H. Hammann verwies darauf, daß die in der hier geführten Diskussion vorgebrachten Argumente bei früheren Entscheidungen über Entwicklungsgebiete oder Sanierungsvorhaben nicht berücksichtigt worden waren, ebensowenig bei den verschiedenen Strategien. So stehe man heute vor der Situation, daß die formulierten Prognosen und Szenarien nicht stimmten. Um diese Defizite aufzuarbeiten, brauche man neue Diskussionsrunden und die entsprechende Zeit für Dialoge.

Urs Kohlbrenner ging von der Situation des **Sanierungsgebiets Niederschöneweide** aus. Die Versuche, hier Wohnbausanierungen, Funktionssanierungen und die Belebung eines Industriegebietes durchzuführen, seien bis jetzt wenig erfolgreich gewesen. Ein Problem sei, daß die vielen Förderprogramme nicht griffen, da sie zu eng auf eine Fördergruppe zugeschnitten seien, die nicht mit den entsprechenden Menschen gefüllt werden könne. Es fehle z. B. in Niederschöneweide eine genügende Anzahl von Obdachlosen oder von Punks, um die Programme für Gebäudesanierung durchsetzen zu können. Es gebe genug Jugendliche, die an Sanierungsprojekten teilnehmen würden, jedoch sind diese eben keine Punks. Es fehle also die ganz einfache **Strategie der Selbsthilfe vor Ort**.

D. Hoffmann-Axthelm bemerkte, daß in vielen Berliner Stadtvierteln eine Segmentierung voranschreite, die äußerlich noch nicht sichtbar sei. So verhalten sich Arbeitslose noch wie normale Bürger, sind aber vielleicht schon zu einem Teil Alkoholiker und haben große Mühe, den inhaltsleeren Tag zu bewältigen. Dieses Phänomen ergreife ganze Stadtviertel, weshalb jede **Strategie** auch **flächendeckend** angewandt werden müsse. H. Häusermann sah es als notwendig an, einen Umverteilungsprozeß von Geldmitteln in der Stadt vorzunehmen, um soziale Projekte fördern zu können. Hinzu müsse eine **flexiblere Anwendung der Förderprogramme** kommen. Ziel all dieser Maßnahmen sollte zunächst die Sicherung des Erreichten sein, also die Abwehr weiterer Verschlechterungen und damit auch die Ausgrenzung von Menschen in bestimmte städtische Räume. V. Strauch forderte die Verknüpfung der Förderprogramme, was die Überwindung des politischen Ressortegoismus und eine kollektive Zusammenarbeit der Verwaltungen erfordere.

F. Eichstädt-Bohlig führte aus, daß **aktivierende Stadterneuerung** nicht nur Arbeitsplatzschaffung bedeute, sondern die Menschen aus ihrer passiven und resignativen Haltung herausführen sollte, was insbesondere für die Bevölkerung Ost-Berlins notwendig sei. Die öffentlichen Fördermittel seien also nach dem Prinzip der **Aktivierung von Menschen** einzusetzen. So könnten etwa Mittel, die für die Gestaltung von Spielplätzen vorgesehen sind, mit dem Engagement von Eltern für die Spielplätze verknüpft werden. Dies gelte auch für die Schaffung von Grünflächen oder Sanierung von Wohnungen. V. Strauch meinte, daß es notwendig sei, die Mittel für Baumaßnahmen verstärkt für die Stadterneuerung einzusetzen auch, um lokale Aktivitäten und die Selbsthilfe zu stimulieren.

H. Schneider meinte, daß der **Verlust von sozialer Kompetenz** nicht nur für die Arbeitslosen zutrefte, sondern auch für ältere und alte Menschen. Auf diesen Umstand müsse mit entsprechenden Szenarien oder **Strategien** reagiert werden. Er fragte, ob Berlin solche Strategien habe und ob über sogenannte Beschäftigungsagenturen die soziale Einbindung dieser Gruppen realisiert werden könne. F. Eichstädt-Bohlig sprach sich für die Einrichtung von Stadtteilbüros aus, die kleine Jobs vermitteln könnten und zwar anknüpfend an bestehende Tauschringe.

U. Kohlbrenner plädierte für den Erhalt der Industrieflächen, auch wenn diese nicht gleich gefüllt werden könnten. Es müßten auf diesen **Flächen** die verschiedensten **provisorischen Nutzungen** zugelassen werden. V. Strauch fügte hinzu, daß ein Flächennutzungsplan der Zwischennutzung ein geeignetes Instrument sei, um mit leeren Flächen sinnvoll umzugehen.

E. Feddersen sprach sich für die Erweiterung der notwendigen Themenpalette um die **Verkehrsproblematik** aus. Insbesondere der öffentliche Nahverkehr erfahre aufgrund der veränderten Zeitstrukturen einen Bedeutungsgewinn. Über mögliche Konsequenzen dieser veränderten Situation müsse nachgedacht werden.

In den **Schlußbemerkungen** verwies D, Henkel darauf, daß bereits heute drei Viertel der Beschäftigten von der Norm abweichende Arbeitszeiten hätten. Dieser Trend werde sich fortsetzen wie auch die Auflösung der traditionellen Arbeitsverhältnisse. Schwer einzuschätzen sei, in welchen Bereichen sich diese Entwicklung mit welchen Konsequenzen durchsetzen werde. Grundsätzlich seien die Risiken und Kosten der eingeschlagenen Entwicklung der Auflösung traditioneller Zeitstrukturen noch nicht geklärt. Auch sei nicht klar, wer über die vorhandene oder verausgabte Zeit bestimme, wer wem Zeit oktroyiere und wer die Zeitökonomie noch offenhalten könne. Zu beobachten sei eine Parallelentwicklung der Netze von Telekommunikation und Verkehr. Beide Netze würden aufgerüstet, die entsprechenden Standorte würden zu Orten höchster Zentralität und Wirtschaftlichkeit. Daher hätten die Bahnhöfe europaweit so hohe Attraktivität. Daneben würden neue Zentralitäten am Rand der Städte geschaffen. Beide Entwicklungstrends verliefen parallel und ergänzend.

U. Pfeiffer befürchtete, daß das rigide Bildungssystem in der Bundesrepublik Deutschland für viele eher demotivierend wirke und viele aussteuere, da das Bildungssystem bei vielen nicht die notwendigen Fähigkeiten entwickle, die Voraussetzung für den Einstieg in das Berufsleben seien. Aufgabe der Politik müsse es sein, die verschiedenen Mittel so einzusetzen, daß keine stigmatisierenden Problemräume entstünden. Dabei dürfe nicht nach dem Muster verfahren werden, die Mittel dort einzusetzen, wo angeblich die größten Probleme bestünden, sondern dort, wo die besten Strategien existierten, wo Methoden mit den Bewohnern vor Ort entwickelt würden. Vom öffentlichen Programmchauvinismus und den gegenwärtigen Mechanismen der Mittelverteilung müsse abgegangen werden.

Nach D. Hoffmann-Axthelm muß in der Stadt damit begonnen werden, die staatlichen Kosten der einzelnen Politiken und ihre Reibungsverluste zu diskutieren. Die Beispiele von Adlershof oder Oberschöneweide zeigten, daß große bürokratische Hemmnisse die Entwicklungen nachhaltig behinderten. Vermittlungsinstitutionen verbrauchten viel von dem Geld, das für die konkreten Projekte vorgesehen sei. Somit würden in erster Linie Verwaltungen, aber nicht die innovativen Unternehmen gefördert. Zudem ermangele den Verwaltungen die notwendige Kompetenz, Innovationen beurteilen zu können.

Rudolf Schäfer zog eine **Bilanz der Diskussion:**

Es sei auf Dauer von einem hohen Sockel an Arbeitslosen auszugehen. Die von H. Düvel vorgeschlagenen Strategien werden daran nichts Wesentliches ändern können. Sie können allenfalls Verschlechterungen verlangsamen oder aktuelle Entwicklungsstände stabilisieren. Für die Stadtpolitik stehe damit nicht nur die Frage nach Schaffung von Arbeit, sondern auch die nach einem konstruktiven Umgang mit den Arbeitslosen nicht nur im sozialen, sondern auch im stadtpolitischen Kontext. Politische Setzungen müßten erfolgen, um etwa die Förderpraxis zu ändern oder den Mitteleinsatz flexibler vornehmen zu können.

Es sei deutlich geworden, daß in der Veränderung der Zeitstruktur eine äußerst wichtige und brisante Problematik liege. Derzeit bestünden mehr Fragen als Antworten auf diesem Gebiet. Berlin sollte dieses Thema auf seine spezifische Situation anwenden, insbesondere auch im Hinblick auf die Ambivalenz der Zeitproblematik in sozialer und ökonomischer Hinsicht oder bei Fragen von Zentralität und Stadtersatz.

Die Wichtigkeit von sozialer Stadterneuerung wurde betont, auch wenn die negativen sozialen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin noch nicht das Ausmaß anderer Ländern angenommen haben. Prophylaxesituationen müßten geortet und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.

Defizite bei der Stadt als Arbeitsalltag wurden sichtbar, Handlungsbedarfe herausgearbeitet

Julian Wekel Wirtschaftsstandort Berlin im Umbruch - eine Bestandsaufnahme

Berlin wird in den nächsten Jahren kaum zum dynamischen Zentrum einer prosperierenden Region aufsteigen, sondern eher durch weitgehenden Strukturumbruch geprägt sein. Nicht zuletzt die in den letzten Jahren beschleunigte Globalisierung der Wirtschaft erschwert die gewünschte Reindustrialisierung und läßt die 1991/92 im Mengengerüst des FNP anvisierte Zahl von 300 000 Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe aus heutiger Sicht als überprüfungsbedürftig erscheinen.

Die Nachfrage nach Gewerbeflächen ist entsprechend der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung ebenfalls niedriger als erwartet gewesen. Flächenengpässe sind - im Gegensatz zur Situation in West-Berlin vor dem Mauerfall - nicht mehr Grund wirtschaftsstruktureller Probleme.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Veränderungen in der Wirtschaft in den letzten Jahren erscheinen grundsätzlich die Gestaltungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand auf lokaler Ebene zur Lösung der wirtschaftsstrukturellen und arbeitsmarktpolitischen Probleme deutlich an Gewicht verloren zu haben. Das betrifft auch den Beitrag, den Stadtentwicklungsplanung zur Problemlösung beisteuern kann. In den 1970er und 1980er Jahren konnte noch durch eine vorausschauende und angemessene Flächenausweisung und -entwicklung die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich mitbeeinflußt werden.

Die Veränderungsprozesse der Wirtschaft - insbesondere der Industrie - führen zu einer weitgehenden Lösung von den Gebietskategorien der BauNVO, die insbesondere auf emissionsschutzrechtliche Gesichtspunkte wie Lärm, Schadstoffe etc. abstellen.

Die sich in großem Tempo vollziehende Reorganisation der Wirtschaft führt zu gravierenden räumlichen Veränderungen, die aus heutiger Sicht kaum absehbar sind. So haben sich bereits Stadtplaner im traditionellen Arbeitsfeld mit den veränderten räumlichen Organisationsmodellen städtischer Arbeit auseinanderzusetzen.

Noch bedeutsamer erscheint allerdings die Auseinandersetzung der Stadtentwicklungsplanung im Hinblick auf den zu leistenden Modernisierungsprozeß, die sich gerade in Berlin vor allem mit neuen

Organisationsformen formeller Arbeit und informeller Beschäftigung zu befassen hat.

Wie gelingt es, im gegenwärtigen Strukturwandel Voraussetzungen für eine nachhaltige Reorganisation der ökonomisch-sozialen Basis von Stadt zu schaffen?

Berlin dürfte hier gute Chancen und Verpflichtungen haben, beispielgebend zu werden, gerade weil die Stadt geübter als andere erscheint, auch grundsätzlich neue Rahmenbedingungen zu respektieren. Das nächste Jahrzehnt dürfte ausschlaggebend sein für die Schaffung sehr langfristiger und wirksamer Zukunftsvoraussetzungen.

Hasso Düvel Neue Wege in die Vollbeschäftigung

Der Trend, mehr Produktion durch höhere Produktivität bei gleichzeitigem Abbau der Beschäftigten zu erzielen, wird auch weiterhin bestehen bleiben. Um die negativen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt zu kompensieren, sind neue Produkte und Produktionssysteme und mehr Innovationen notwendig. Neue Marktsegmente müssen erkannt und besetzt werden. Der Staat muß diesen Prozeß dynamisieren, muß Dialoge zwischen den verschiedenen Partnern organisieren und die Entwicklung von Leitbildern anregen.

Eine erweiterte Innovations- und Arbeitsmarktoffensive ist notwendig. Vertreter von Wirtschaft, Politik und Arbeitnehmern sollten diese Offensive tragen. Die Finanzierung kann über verschiedene staatliche und EU-Programme, über Haushaltstitel oder über Stiftungen erfolgen.

Dem Humankapital ist größere Aufmerksamkeit bei der Findung von Zukunftsstrategien zu schenken, und es ist entsprechend zu fördern. Eine wirksame Zukunftsstrategie ist Regionalpolitik, umfaßt das Aufspüren von Know-how, von Ressourcen und deren Bündelung, das Formulieren von Leitbildern für die Region. Innovationskräfte müssen geortet und entwickelt werden. Wichtig ist besonders die Verbindung von Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung.

Eine Ideologisierung der Diskussion sollte vermieden, eine sachliche und problemorientierte Auseinandersetzung angestrebt werden. Es geht um eine Konsensfindung für eine aktive Industrie- und Arbeitsmarktpolitik. Dazu zählen Strategien für Innovation durch Information, für Innovation durch Kooperation, Koordinierung und Partizipation oder Innovation durch Regionalisierung. Informations- und Beratungsnetze für Wirtschaft und Arbeit sind notwendig..

Das Informations- und Beratungsnetz für Wirtschaft und Arbeit koordiniert arbeitspolitische Maßnahmen und Entwicklungen der Regionalisierung. Verknüpft werden sollte es mit einem Frühwarnsystem, in das SAB-Beratungszentren, Arbeitgeberverbände oder Gewerkschaften integriert sind.

Ein Regionalforum für Standortdialoge, für Wirtschaft und Arbeit, Industrieforen und Arbeitskreise in den Regionen sollte geschaffen werden, um die Kräfte der Region für die neuen Konzepte und Strategien sowie für Entwicklung von Innovationsoffensiven und für die Entwicklung von neuen Produkten

zusammenzufassen. Es geht ebenso um die Erschließung neuer Wirtschaftstätigkeiten, um verbesserte Standortentwicklungen vor Ort, um die Schaffung von Managementpools und Informationsnetzen mit Anschluß an internationale Datenbanken und Expertenstäbe oder um einen Verbund von Unternehmen untereinander und mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

Werner Dostal Urbane Arbeitsgesellschaft in der Metamorphose

Die historisch kaum 200 Jahre alte Industrie in Mitteleuropa steht derzeit in einer Metamorphose, in der die bekannten Strukturen zerbrechen und neue entstehen, die sich in ihren Ausprägungen zwar abzeichnen, im Detail aber unscharf erkennbar sind. In diesem Zusammenhang ist die Frage nach neuen Produktionsstrukturen und ihrer organisatorischen Realisierung sicherlich berechtigt. Sie läßt sich heute aber nur provisorisch beantworten, da die Vielzahl der Dimensionen geschlossene Szenarien sehr unübersichtlich werden läßt.. '

Da das Thema ^{*} außerordentlich vielgestaltig ist, sollen in der Folge lediglich einige wesentliche Thesen formuliert, erläutert und bewertet werden.

1. Größenwachstum traditioneller industrieller Prozesse

Große Produktionsanlagen stoßen schnell an die Grenze ihrer Akzeptanz. Sie lassen sich heute in dichtbesiedelten Gebieten kaum noch betreiben. Nur noch mit dem Arbeitsplatzargument sind positive Entscheidungen zu erwarten. Wenn aber mit neuen Produktionsanlagen nur wenig Arbeitsplätze entstehen, dann wird auch dieses Argument schwach ...

2. Verzögerter Substitutionsprozeß

Mit der Substitution mechanischer Elemente durch Mikroelektronik ist ein Prozeß losgetreten worden, in dem sich die wirtschaftliche Aktivität von Produkten löst und zunehmend auf Informationen konzentriert. Gleichzeitig geht der Bedarf nach materiellen Produkten zurück...

3. Räumliche Trennung von industriellen Produktionsprozessen und ihren Arbeitsplätzen

Während früher Produktion und Beschäftigung am Ort der Produktion eng verknüpft war, lösen sich derzeit die Zusammenhänge zwischen der Produktion und dem für sie erforderlichen Arbeitsvolumen auf...

4. Produktionsnetzwerke statt geschlossener Industriebetriebe

Mit der räumlichen Trennung von Produktion und produktionsnahen Dienstleistungen hat sich der Produktionsbetrieb aufgelöst. Konsequenterweise führt dies zu globalen Produktionsnetzwerken, in denen die eigentliche Produktion in Randlagen, andererseits die produktionsbezogenen Dienstleistungen in attraktiven Regionen mit hohem Lebens- und Freizeitwert angesiedelt werden ...

5. Betriebsstrukturen konvergieren

Große Betriebe werden in kleine aufgespalten, die aber weiterhin vernetzt bleiben, kleine Betriebe und einzelne werden in Netzwerke eingebunden. Die Netzstrukturen

sind in Informationssystemen realisiert, die durch spezifische Transportsysteme miteinander verknüpft sind ... \

6. Zwang zum Recycling

Produkte lassen sich heute in Wegwerfprodukte und Dauerprodukte unterscheiden. Oft gibt es für dasselbe Produkt beide Ausprägungen ...

7. Produktion auf Abruf statt Lagerung von Fertigprodukten

Die globale Konkurrenz großindustrieller Produzenten im Markt der Standardprodukte hat die Hochlohnländer in Produkt- und Dienstleistungssegmente abgedrängt, in denen es nicht mehr um standardisierte Massen- sondern um kundenspezifische Einzelprodukte geht ...

8. Projektbezug statt kontinuierlicher Aktivität

Konjunkturelle und saisonale Wechsellagen sowie zunehmende Realisierung von Groß- und Größenprojekten führen zu unterschiedlichen Auslastungsmustern bei Infrastruktur und Arbeitskräften. Der Ausgleich von ständig wechselnden Anforderungen bei gleichzeitig kontinuierlicher Kapazitätsauslastung beim Personal wird zukünftig schwieriger werden, da die gleichmäßige Grundlast industrieller Produkte weitgehend automatisiert arbeitskräftearm erfolgt, während die punktuelle Spitzenlast eher arbeitskräfteintensiv ad hoc erbracht wird ...

9. Freie Mitarbeiter statt abhängig Beschäftigte Die in der Industrialisierung entstandene Form der abhängigen Beschäftigung mit vorgegebener Arbeitszeit, vorgegebenem Arbeitsort und ausgehandeltem Lohn sowie einem auf die abhängige Erwerbsarbeit aufgebauten sozialen Sicherungssystem wird sich langfristig zumindest in dieser Form nicht halten lassen. Flexibilisiert werden die Arbeitszeit, der Arbeitsort, die Tarifstruktur und die soziale Sicherheit...

Dietrich Henkel Zeit und Stadt - ein Arbeitsprogramm

Die heutigen Städte basieren zeitlich-strukturell noch weitgehend auf dem Industriearbeitsmodell. Die Umbrüche, die der Strukturwandel für die Arbeitsgesellschaft, für die räumliche und zeitliche Organisation der Gesellschaft und die der Städte haben wird, erleben wir in den ersten Ansätzen. Die gesamte Organisation, die öffentliche Infrastrukturangebote oder die Ladenöffnungszeiten sind weitgehend auf den normalen Arbeitstag ausgerichtet...

Die Arbeits- und Betriebszeiten sind Taktgeber für den Rhythmus der Stadt, was auch in Zukunft so bleiben wird, auch wenn das traditionelle Arbeitsverhältnis an Bedeutung verliert. Allerdings wird der Rhythmus der Stadt durch die Auflösung der traditionellen Arbeitsverhältnisse diffuser. Dies zeigt sich beim Verkehr, bei der Ver- und Entsorgung oder bei sozialen Rhythmen ...

Arbeitszeitdauer und -läge individualisieren sich, es kommt zu einer Flexibilisierung des Lebensprozesses. Positiv ist dieser Entwicklungstrend zu bewerten, wenn die individuelle Zeitautonomie steigt, was allerdings in den seltensten Fällen zutrifft. Die Abhängigkeit des einzelnen erhöht sich in dem Maße, wie die Beschäftigungsverhältnisse unsicherer werden...

Die Diffusität der Rhythmen macht Zeitmanagement nicht nur erforderlich, sondern zu einer ständigen Aufgabe und einer früh zu erlernenden Qualifikation, weil es kaum noch verlässliche Zeitbezugspunkte gibt. Es kommt zu einer Vereinzelnung und Individualisierung, was auch familienfeindlich ist. Die Freizeit verändert sich; tendenziell entstehen größere Freizeitblöcke. Das Gefüge der Freizeit ändert sich ebenfalls... Aus diesem Entwicklungstrend ergeben sich Folgen für die Stadt. Die Rhythmen werden diffuser und in der Tendenz eher linearisiert. Die Nachfragen nach öffentlichen und privaten Dienstleistungen verteilen sich ungleichmäßiger und dehnen sich in der Zeit tendenziell aus. Das gilt etwa für die Verkehrs- und Energienachfrage, für die Kinderbetreuung oder für die Freizeit. Vor dem

Hintergrund sinkender öffentlicher Finanzen steht damit die Frage, ob es zu einer Ausdünnung von Angeboten führen wird ...

Tendenziell ist mit dieser Entwicklung auch ein höherer Flächenverschleiß verbunden. Es entstehen etwa für die Freizeitbefriedigung zahlreiche und zusätzliche Freizeitemrichtungen ...

Durch die weitere Globalisierung der Wirtschaft geht eine Entwicklungsrichtung hin zur Non-Stopp-Gesellschaft, deren Motto lautet, alles zu jeder Zeit und an jedem Ort. Eine solche Gesellschaft ist in hohem Maße umweltverbrauchend, auch, weil sie Ruhezeiten und Generationszeiten nicht mehr zuläßt...

Ökonomisch geht es nun um eine erfolgreiche Synchronisation von Zeiten auch als Standortfaktoren in einer Stadt. Sozial geht es um die Lebensqualität durch Angebotsrhythmen sozialer Dienste, durch Sicherung von Ruhezeiten und Zeitautonomie. Kulturell geht es um die Besonderheit des Standortes, um die Sichtbarmachung seiner Geschichte...

Aus all dem ergeben sich zahlreiche Fragen zum kommunalen Handeln: An welchen temporalen Bedürfnissen soll sich die kommunale Politik ausrichten? Welche Optionen zwischen Anpassung und Erhaltung eigener Zeiten stehen der Stadt offen? Welche Formen und Möglichkeiten der Kooperation zwischen Taktgebern der städtischer Rhythmen existieren? Wie kann die Sozialverträglichkeit dieser Entwicklung gesichert werden?

Ulrich Pfeiffer Soziale Stadterneuerung und räumliche Clusterung

Die Ursachen von Unterbeschäftigung sind sehr komplex und kommen aus den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft. Die Widerstände, diese Ursachen zu beseitigen, sind enorm. Daher wird man davon ausgehen müssen, daß hohe Arbeitslosigkeit noch längere Zeit bestehen bleiben wird. Dies erfordert, sich die räumlichen Konsequenzen, die die hohe Arbeitslosigkeit nach sich zieht, zu verdeutlichen...

In der Arbeitslosigkeit werden neue Trends sichtbar. So verlagert sich Arbeitslosigkeit stärker auf jüngere Menschen, auf Jugendliche, so daß die Armut immer mehr Jugendarmut wird. Hinzu kommt eine wachsende Kriminalität bei den Jugendlichen. Dies alles ist als Abbruch der Beziehung der jüngeren Generation zur Gesellschaft zu sehen..

Diese Phänomene veräumlichen sich auf Dauer. Die räumliche Konzentration von Arbeitslosen und Armen ist in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht so weit fortgeschritten wie etwa in Großbritannien oder den USA. Allerdings gibt es schon Problemgebiete und eine Tendenz zeichnet sich ab, daß Wohngebiete zu einem Stigma werden..

Zu fragen ist, ob der deutsche Sozialstaat mit seinen Leistungen und Programmen dem Prozeß der Desozialisierung entgegenwirken kann, ob der Verlust von sozialer Kompetenz ausgeglichen und ob das brachliegende Potential an Wissen und Fähigkeiten der Arbeitslosen aktiviert werden kann. Die vom Staat angebotenen differenzierten Programme führen leider nicht zu ermutigenden Ergebnissen, da u. a. nicht alle Gruppen von ihnen erreicht werden. Dies erfordert die Effektivierung der staatlichen Förderprogramme, die stärker die Menschen erreichen müssen. Weiterhin ist eine Koordination der Bemühungen der verschiedensten Verwaltungen und deren Programme notwendig. Auch braucht man andere Verwaltungs- und Organisationsformen, wie etwa Agenturen vor Ort mit hoher Zuständigkeit, Autonomie und vielen Kompetenzen. Die Mittel sollten flexibel einsetzbar sein, um mit ihnen die verschiedensten Ideen der betroffenen Menschen realisieren bzw. unterstützen zu können. Chancen für die Entwicklung von Eigenproduktion sollten genutzt werden. Mit Experimentierklauseln wäre eine flexible Mittelanwendung möglich ...

Insgesamt muß das Ziel aller staatlichen Fördermaßnahmen die Rückgewinnung von sozialer und ökonomischer Kompetenz der ausgesteuerten Menschen sein. Dies erfordert eine systematische Strategie, die in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht existiert.

Dieter Hoffmann-Axthelm Die
dritte Stadt

Es geht um die Stadt als Arbeitsalltag. Die Berliner Stadtentwicklung seit 1989 läuft daraufhinaus, die für eine informelle Arbeitssituation geeigneten Elemente der Stadt zu beseitigen. Damit wird Stadtentwicklung kontraproduktiv. Die vorhandenen Strategien sind nicht ausreichend, das zu verhindern ...

Die Berliner Flächenstrategie steht im Widerspruch zu den Anforderungen, die aus dem wirtschaftlichen Strukturwandel resultieren. Es ist nicht klar, wo die Grenzen zwischen industrieller Arbeit und Dienstleistung verlaufen, was negativ auf die Flächennutzung und auf ihre Verwendbarkeit zurückwirkt. Gleichzeitig wird die Realisierung eines stadtplanerischen Programme und dessen Ziel der Mischung behindert. Hinzu kommen ungeklärte Eigentumsverhältnisse bei Flächen oder die Altlastenproblematik, so daß viele Flächen nicht verfügbar sind ...

Die Strategie der Technologieförderung fragt nicht ausreichend nach der Effizienz von Technologieförderung und nach dem Sinn von Wissenstransfer. Der wirkliche Inhalt und der Wert von Innovationen werden nicht geprüft. Die hier bestehenden Kommunikationsdefizite müssen behoben werden. Auch die Technologieparks erlauben keine staatliche Wirtschaftspolitik, da der Verwaltungsapparat der Technologieparks sehr schwer kontrollierbar ist, die Entwicklungsdynamik behindert und kaum flexible Hilfestellungen für die Unternehmen leisten kann. Zudem ist staatliche Technologieförderung immer mit der Finanzierungsproblematik verknüpft, was ebenfalls die Effizienz der Maßnahmen behindert ...

Die Strategie der Entwicklungsgebiete kostet die öffentliche Hand meist enorme Geldmittel. Daneben ist die Auswahl der Entwicklungsgesellschaften in Berlin geprägt durch eine Angleichung der Auswahlkriterien an modische Investorenauswahlkriterien. Indem sich die Stadt dies zu eigen macht, bekommt sie zwei bedenkliche Konsequenzen. Einmal schränkt sie ihre eigenen planerischen Aufgaben ein, zum anderen muß sie den existierenden Bestand oder Altlasten abwickeln...

Für die Entwicklung der Arbeit in der Stadt sind weitere Elemente notwendig als nur die sozialpolitischen. Auch der Arbeitsbegriff muß überdacht und verändert werden. Zu fragen ist auch, wie man diese Situation der hohen Arbeitslosigkeit und Diffusität der Arbeitsverhältnisse stadtplanerisch abbildet. Die gemischte Stadt bekommt in diesem Kontext einen konkreten Sinn. Das erfordert, um die unterschiedlichsten, von den veränderten Arbeitsformen herrührenden Anforderungen erfüllen zu können, andere Wohnungsgrundrisse und Gebäudetypologien, die die Unterscheidung von Wohnen und Arbeit nicht mehr widerspiegeln. Bei der Flächenpolitik müssen nutzungs offene Flächen berücksichtigt werden, die den Ansprüchen anderer und neuer

Tätigkeiten genügen Notwendig sind ferner Ergänzungsbauten, die ein Minimum an wirtschaftlicher Autonomie erlauben, zu den Plattenbauten in den Großsiedlungen. Schließlich sollten Standardsenkungen im Baubereich vorgenommen werden.

Zukunft der Arbeit und ihre Standorte in Berlin

56. Sitzung des Stadtforums am 7. Juni 1996

Empfehlungen der Lenkungsgruppe

1. Strukturwandel der Arbeitslosigkeit - der Beginn einer Debatte

Der Berliner Arbeitsmarkt zeigt in dramatischer Weise den Strukturwandel in der postindustriellen Gesellschaft. Traditionell ein Standort, der von beschäftigungsintensiven Industriebetrieben geprägt war, darüber hinaus durch westliche Subventionen und östliche Planwirtschaft zusätzlich gestützt wurde, verzeichnet Berlin eine massive Abnahme der industriellen Arbeitsplätze. So sehr sich die Berliner Wirtschaftspolitik auch weiterhin um die Erhaltung und Schaffung derartiger Arbeitsplätze bemühen wird, so wenig erscheint eine echte Reindustrialisierung des Standortes Berlin realisierbar; Auch die erwartbaren Zuwächse an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich und den Informationsbezogenen Leistungen werden nach allen vorliegenden Daten in überschaubaren Zeiträumen nicht zu einem wesentlichen Abbau der Arbeitslosigkeit oder gar zu einer Situation der Vollbeschäftigung führen.

Ein hoher Sockel an strukturell bedingter Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Veränderung der formellen Arbeitsverhältnisse und einem Anwachsen des sog. informellen Sektors sind daher langfristige Rahmenbedingungen, mit denen sich auch die Stadtentwicklungsplanung und -politik positiv auseinandersetzen muß. Zugleich ist eine neue positive Bewertung der sog. nichterwerbsbezogenen Arbeit durch entsprechende politische Entscheidungen erforderlich. Insgesamt muß die Stadtentwicklung Konzepte entwickeln, die die mit dem Strukturwandel der Arbeit verbundenen räumlichen Folgen und Anforderungen konstruktiv aufgreifen und damit auch Alternativen zur bisherigen Arbeitsgesellschaft bereitstellen helfen.

Diese Problemstellung ist in ihrer Radikalität noch kaum bewußt. Es bedarf daher zunächst einer intensiven und breiten öffentlichen Diskussion. Die Debatten im 56. Stadtforum konnten nur ein erster Einstieg und eine cursorische Behandlung ausgewählter Teilaspekte sein.

2. Folgerungen für die räumliche Planung und Flächenpolitik Berlins

Weiterhin müssen zwar Flächen für gewerblich-industrielle Nutzungen planerisch vorgehalten und vor allem real verfügbar gemacht werden. Das Industrieflächensicherungskonzept kann und muß aber angesichts der stagnierenden Nachfrage nach Industrieflächen auf der Grundlage des geltenden Flächennutzungsplans weiterentwickelt und standortspezifisch für andere Nutzungen geöffnet werden. Es müssen insbesondere auch Angebote und Konzepte für vielfältige Zwischennutzungen auf vorerst nicht für produzierendes Gewerbe benötigten Flächen bereitgestellt werden.

Die wachsende Bedeutung des informellen Bereichs mit seinen spezifischen Strukturen muß auch in der Flächenpolitik berücksichtigt werden. Wesentlich ist hier vor allem, daß die Stadtpolitik nicht unnötig Quartiere unter Aufwertungsdnck setzt, die gerade für diesen informellen Bereich als Standort geeignet sind (Beispiel Eldenaer Straße).

In diesem Zusammenhang erscheint es sinnvoll, neue Haustypologien zu entwickeln, die eine Mischung von Wohnen und Arbeiten ermöglichen und eine hohe Flexibilität aufweisen. Modellprojekte könnten dieser Forderung Nachdruck verleihen.

3. Nachbarschaftsentwicklung als neue Aufgabe der Stadtentwicklung

Auch in deutschen Großstädten gibt es inzwischen zunehmend Anzeichen dafür, daß sich Dauerarbeitslosigkeit und Armut sowie teilweise auch der Anstieg der Jugendkriminalität in

bestimmten Stadtteilen konzentrieren, die häufig auch städtebaulich Erneuerungsbereiche sind. Für die Politik der Stadterneuerung ergibt sich aus dieser Perspektive:

Es müssen mehr Mittel - u.a. aus dem Wohnungsbau - in die laufende Stadterneuerung gelenkt und noch intensiver und flexibler als bisher mit den Möglichkeiten der Selbsthilfe verknüpft werden.

Angesichts der beschriebenen Entwicklung ist eine neue Strategie der sozialen Stadterneuerung zu konzipieren, in deren Mittelpunkt nicht die baulichen und städtebaulichen Maßnahmen stehen sondern die Mobilisierung und Unterstützung der kreativen Eigenkräfte der Menschen in den betroffenen Quartieren. Wesentlich ist, daß schon das Entstehen solcher Gebiete verhindert werden muß. Dies erfordert selbstbestimmte Organisationsformen der Nachbarschaftsentwicklung (Agenturen) und Unterstützungsprogramme, die eine aufgabenorientierte Bündelung von Fördermitteln ermöglichen. Dazu muß der übliche Ressortegoismus zugunsten einer konzertierten Aktion der Bau-, Arbeits- und Sozialverwaltung aufgegeben werden.

4. Die Erweiterung der Raumplanung um den Faktor Zeit in der Stadt

Die Stadtpolitik hat noch nicht thematisiert, in welchem hohem Maße die zeitliche Organisation des Stadtlebens und der Stadtnutzung sowie die gängigen Muster und Konzepte der räumlichen Planung immer noch auf das Zeitmodell der Industriearbeit orientiert sind. Der Wandel der Arbeitswelt und der klassischen Arbeitsverhältnisse wird erhebliche Veränderungen für den Zeirhythmus der Stadt z.B. in Verkehr, Ver- und Entsorgung, Handel und Freizeit nach sich ziehen. Die Koordinierung eigener und fremder Zeirhythmen wird zunehmend zu einer zentralen Aufgabe des einzelnen Stadtbewohners wie der Stadt selbst, deren Bewältigung neue Chancen aber auch neue Probleme („Zeitbehinderte“) erzeugt.

Es besteht dringender Klärungsbedarf, welche konkreten Folgen und Aufgabenstellungen aus dieser Entwicklung für die Stadtentwicklung und die Stadtpolitik zu erwarten sind. Insbesondere geht es um Konsequenzen für die räumliche Nutzungsverteilung und Standortplanung sowie um die Sicherung sozialverträglicher Zeitstrukturen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie wird aufgefordert, diese Fragen in einer Studie bearbeiten zu lassen.

Informelle Räume für die Zeit nach der Vollbeschäftigung

Stadtforum zum Thema „Zukunft der Arbeit“

Nach den Vorstellungen des Stadtforums muß die Berliner Stadtentwicklungs- und Kommunalpolitik das Ende der Vollbeschäftigungszeiten in seinen Auswirkungen begreifen lernen. So etwa sollten Flächen für den sogenannten „informellen Sektor“ bereitgestellt werden. In der Endzeit der Vollbeschäftigung müsse einer Alternative zur Arbeitsgesellschaft auch planerisch Rechnung getragen werden. Das zumindest sehen die Empfehlungen der elfköpfigen Lenkungsgruppe an Stadtentwicklungssenator **Peter Strieder** (SPD) vor. Nach der neuen Konzeption soll das Stadtforum ergebnisorientierter arbeiten, so daß die zum Teil hitzigen Debatten in die praktische Politik einfließen können.

Ende der Vollbeschäftigung?

Am vergangenen Freitag tagte das. Gremium zum 56. Mal - diesmal zum Thema „Zukunft der Arbeit und ihre Standorte in Berlin“. Für den ersten Diskussionsblock, der die Frage nach neuen Wegen in die Vollbeschäftigung stellte, hatte Senator Strieder den Bezirksleiter der IG Metall Brandenburg-Sachsen, **Hasso Düvel**, und **Werner Dostal** vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung eingeladen. Düvel regte ein sektorenübergreifendes Regionalforum an, das Verwaltung, Industrie und Dienstleistungen miteinander verknüpfen soll. Mit der Verknüpfung von Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung komme man zu einer nachhaltigen Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Dostal dagegen vertrat die Ansicht, daß die Industriegesellschaft offenbar nur eine kurze Episode in der Menschheitsgeschichte dargestellt habe. Die derzeitige Strukturkrise sei daher eine vorhersehbare Entwicklung gewesen. Zuvor hatte **Julian Wekel**, Abteilungsleiter Planung in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, eine Bestandaufnahme des Berliner Arbeitsmarktes gegeben. Danach seien in den vergangenen sechs Jahren fast 80 Prozent der Industriearbeitsplätze im Ostteil der Stadt weggebrochen. Die Zahlen machten auch deutlich, daß eine Rückkehr zur industriell geprägten Vorkriegssituation nicht denkbar ist.

Sozialräumliche Auswirkungen

Der zweite Themenkomplex behandelte die sozialräumlichen Auswirkungen der gravierenden

Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. **Dietrich Hencke** vom Deutschen Institut für Städtebau forderte in einer ganz auf Zeit ausgerichteten Gesellschaft die „Zwangsvorgangsarten“ wie etwa Betagte und „Betreuungsberufliche“ wie etwa Mütter nicht mit auf das Zeitkarussell zu setzen. Die Chancen der heutigen Entwicklung könnten nur flexible und junge Menschen nutzen.

Ulrich Pfeiffer vom Beratungsinstitut „empirica“ berichtete von einer Untersuchung in Glasgow, wo die sozialräumlichen Folgen von Dauerarbeitslosigkeit und Armut bereits erschreckende Auswirkungen hätten. Die Herkunft aus einem bestimmten Viertel sei in der schottischen Stadt bereits zum Hindernis bei der Arbeitssuche geworden. Pfeiffer forderte ein Konzept der sozialen Nachbarschaftsentwicklung mit selbstbestimmten Organisationsformen und flexibel einsetzbaren Finanzhilfen. Im abschließenden Referat kritisierte der Berliner Stadtplaner und Architekturkritiker **Dieter Hoffmann-Axthelm** die Flächenstrategie in Berlin.

Danach stünden nicht zuviele Flächen für eine Industrienutzung zur Verfügung. Das Problem liege vielmehr darin, daß Flächen etwa aufgrund von ungeklärten Besitzverhältnissen nicht immer rechtzeitig zu vergeben seien. Hoffmann-Axthelm regte darüber hinaus an, auf dem ehemaligen Schlachthof-Gelände an der Eldenaer Straße Räume für den „informellen Sektor“ zur Verfügung zu stellen. Der Kofferraum als Logistikzentrum könne dann aufgegeben werden, lautete seine polemische Zuspitzung.

Stadtforum Transrapid

Bereits am kommenden Freitag veranstaltet das Stadtforum eine weitere Sitzung. Aus aktuellem Anlaß sollen unterschiedliche Trassenverläufe der Magnetschwebbahn Transrapid erörtert werden. Nach der Entscheidung für den Ausbau von Schönefeld zum Großflughafen wird die Diskussion über den möglichen Endbahnhof möglicherweise in eine neue Runde gehen. Schwerpunkt der Veranstaltung werden aber auch die Bereiche Technologie und Umweltschutz sein, um dem erweiterten Ressort-Zuschnitts der Strieder-Verwaltung gerecht zu werden. Das Stadtforum tagt am 14. Juni in der Zeit von 14.00 bis 19.00 Uhr in den Wallhöfen in Berlin-Mitte. Die Sitzung ist wie immer öffentlich.

(ca. 3800 Zeichen)

Kurzthesen für die Sitzung des Stadtforums am 7.6.96

Zukunft der Arbeit und ihre Standorte in Berlin

Bislang bemißt sich der Wert eines Menschen am Marktwert seiner Arbeitskraft. Da Ware in einer automatisierten Welt überflüssig wird, müßte folglich das Verhältnis von Mensch und Gesellschaft neu überdacht werden.

Die deutsche Politik wird vor die Entscheidung gestellt, entweder den Zerfall der bestehenden Arbeitsgesellschaft inklusiv Wohlstandsverteilung und Sozialabsicherung hinzunehmen oder ein Staatsmodell zu entwickeln, in dem die klassische Form der Erwerbsarbeit ihren zentralen Platz verliert.

Die Industriegesellschaft war offenbar nur eine kurze Episode in der Menschheitsgeschichte. Dies wird daran deutlich, daß bereits „Industriearchäologie“ betrieben wird - also eine Art Spurensicherung des Herstellens von Waren.

Der Wirtschaftsstandort Berlin hat sich nie richtig von den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs erholt. Seine Effizienz wurde verzerrt durch Subventionspolitik im Westen und Planwirtschaft im Osten. Der Rückgang der Industriearbeitsplätze von über einer halben Million auf unter 200.000 ist daher auch eine Folgeerscheinung der Wiedervereinigung.

Der Wegbruch ganzer Industriezweige erfolgt ohne gleichzeitigen Ersatz in anderen Branchen. Daraus ergeben sich unmittelbar zwei Fragestellungen: Wenn 5 % Landwirtschaft in unserer Arbeitsgesellschaft ausreichen, brauchen wir wirklich 95 % Industrie und Dienstleistungen? Kann es überhaupt eine Vollbeschäftigung geben?

Statt der Vermehrung der Arbeitsplätze ist die Debatte geprägt durch eine Verminderung des Arbeitsvolumens (35-Stunden-Woche). Dabei geht es in erster Linie um den Erhalt, nicht um die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Gewerkschaften unterliegen durch ihr Selbstverständnis dem Zwang, eine radikale Umstrukturierung der Arbeitsgesellschaft abzulehnen.

Die Akzeptanz eines „informellen Sektors“ müßte schon zu Beginn seines Auftretens in den Industriestaaten offiziell geregelt werden. Die Lösung muß ja nicht unbedingt in der Anerkennung eines „zweiten“ Arbeitsmarkts liegen. Wie könnte man einen „informellen Sektor“ besteuern? Ersetzt der Familienverbund die soziale Absicherung durch den Staat?

Das Verständnis von Arbeit steht vor einer grundlegenden Veränderung. Zum einen steht die *Enträumlichung* durch Telearbeit einer *Verräumlichung* im „informellen Sektor“ entgegen. Zum anderen sind inzwischen die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit verschmolzen. Arbeit im heutigen Sinn verliert also ihren Charakter als räumlich und zeitlich klar getrennte Beschäftigung im Tagesrhythmus. Welche Auswirkungen hat das auf die Entwicklung der Stadt?

Zukunft der Arbeit und ihre Standorte in Berlin

Leitgedanken zur 56. Sitzung des Stadtforums am 7. Juni 1996

Die Frage nach der Zukunft der Arbeit gehört in der Diskussion um die "Dritte Industrielle Revolution" oder den Eintritt in das Elektronikzeitalter zu den zentralen Themen. Wie verändert sich der Zeitfaktor Arbeit, zumal der Industriestandort Deutschland vor einem grundlegenden Strukturwandel steht? Auch gilt es, neue Technologien und Arbeitsmethoden (PC-Arbeitsplatz am Küchentisch) in die Betrachtung einzubeziehen. Besonders interessant erscheint dabei eine gegenläufige Entwicklung: Zum einen verstärkt die sogenannte Telearbeit die Enträumlichung ganzer ökonomischer Zweige. Dagegen ist für den "informellen Sektor" die Verräumlichung lokaler Wirtschaftsbeziehungen charakteristisch.

In Zeiten der entwickelten Telekommunikation werden vormals räumlich verkettete Arbeitsvorgänge somit ortsunabhängig. Mitarbeiter können in verschiedenen Städten oder in der eigenen Wohnung arbeiten - allerdings befinden sich diese "neuen" Arbeitsplätze nicht im produzierenden Gewerbe. Arbeitskräfte in der Industrie sind gezwungen, in einen anderen Sektor zu wechseln. Dies setzt jedoch die Entwicklung der überfachlichen Kompetenzen der Mitarbeiter voraus.

Der Wandel zu einer Dienstleistungsgesellschaft erfordert daher klare Leitlinien, die eine Integration vormals in der Industrie Beschäftigter ermöglicht. Allein in Berlin ist seit 1989 die Zahl der im zweiten Sektor Beschäftigten von über einer halben Million auf unter 200.000 gesunken. Da jedoch auch der Dienstleistungsbereich nur begrenzte Aufnahmekapazitäten besitzt, drängt es viele Entlassene in den sogenannten "informellen" Sektor - bislang eher ein Merkmal für Entwicklungsländer. Diese kleinteiligen und lokal-vernetzten Gewerbeaktivitäten in den innerstädtischen Quartieren leisten dort einen wichtigen Beitrag zur Funktionsfähigkeit der Stadt. Das Aufkommen des vierten Sektors zu einem wichtigen Faktor im Bruttosozialprodukt ist eine universale Fragestellung. Die von diesem Wandel am stärksten betroffenen Industrienationen passen sich zunehmend den metropoliten Strukturen weniger entwickelter Länder an. Arbeiten und Wohnen fließen räumlich ineinander. Die Stadt wird zum Schmelztiegel dieser funktionalen Verflechtung.

Längst ist aber auch die Arbeit zeitlich mit der Nicht-Arbeit verschmolzen. Denn die Grenzen von Beruf und Freizeit sind in vielen Bereichen inzwischen kaum noch abzulesen. Daher kann ihre traditionelle Trennung - ein Kernpunkt der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung - neu überdacht werden. Die Industrienationen sind daher aufgefordert, über ihre geänderte Rolle in der Arbeitswelt nachzudenken. Wenn sich die These vom „Ende der Vollbeschäftigung“ bewahrheiten sollte, steht nicht zuletzt auch der deutsche Arbeitsmarkt vor einer radikalen Veränderung - mit gravierenden Auswirkungen auf die Metropolen: Die Städte würden in eine undurchsichtige Struktur zerfallen, in der die Funktionen nicht mehr klar ablesbar sind. Von der Politik wäre damit eine hochkomplexe Denkweise gefordert, die eine Stadtentwicklung auf die Basis einer gesellschaftlichen Ausrichtung stellt.

Das 56. Stadtforum möchte die Frage nach „neuen Wegen in die Vollbeschäftigung“ aufgreifen, um die sozialräumlichen Veränderungen dieser Entwicklung zu diskutieren.

Zukunft der Arbeit und ihre Standorte in Berlin

56. Sitzung des Stadtforums am 7. Juni 1996

Empfehlungen der Lenkungsgruppe

1. Strukturwandel der Arbeitslosigkeit - der Beginn einer Debatte

Der Berliner Arbeitsmarkt zeigt in dramatischer Weise den Strukturwandel in der postindustriellen Gesellschaft. Traditionell ein Standort, der von beschäftigungsintensiven Industriebetrieben geprägt war, darüber hinaus durch westliche Subventionen und östliche Planwirtschaft zusätzlich gestützt wurde, verzeichnet Berlin eine massive Abnahme der industriellen Arbeitsplätze. So sehr sich die Berliner Wirtschaftspolitik auch weiterhin um die Erhaltung und Schaffung derartiger Arbeitsplätze bemühen wird, so wenig erscheint eine echte Reindustrialisierung des Standortes Berlin realisierbar. Auch die erwartbaren Zuwächse an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich und den informationsbezogenen Leistungen werden nach allen vorliegenden Daten in überschaubaren Zeiträumen nicht zu einem wesentlichen Abbau der Arbeitslosigkeit oder gar zu einer Situation der Vollbeschäftigung führen.

Ein hoher Sockel an strukturell bedingter Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Veränderung der formalen Arbeitsverhältnisse und einem Anwachsen des sog. informellen Sektors sind daher langfristige Rahmenbedingungen, mit denen sich auch die Stadtentwicklungsplanung und -politik positiv auseinandersetzen muß. Zugleich ist eine neue positive Bewertung der sog. nichterwerbsbezogenen Arbeit durch entsprechende politische Entscheidungen erforderlich, insgesamt muß diese Stadtentwicklungskonzepte entwickeln, die die mit dem Strukturwandel der Arbeit verbundenen räumlichen Folgen und Anforderungen konstruktiv aufgreifen und damit auch Alternativen zur bisherigen Arbeitsgesellschaft bereitstellen helfen.

Diese Problemstellung ist in ihrer Radikalität noch kaum bewußt. Es bedarf daher zunächst einer intensiven und breiten öffentlichen Diskussion. Die Debatten im 56. Stadtforum konnten nur ein erster Einstieg und eine cursorische Behandlung ausgewählter Teilaspekte sein.

2. Folgerungen für die räumliche Planung und Flächenpolitik Berlins

Weiterhin müssen zwar Flächen für gewerblich-industrielle Nutzungen planerisch vorgehalten und vor allem real verfügbar gemacht werden. Das Industrieflächensicherungskonzept kann und muß aber angesichts der stagnierenden Nachfrage nach Industrieflächen auf der Grundlage des geltenden Flächennutzungsplans weiterentwickelt und standortspezifisch für andere Nutzungen geöffnet werden. Es müssen insbesondere auch Angebote und Konzepte für vielfältige Zwischennutzungen auf vorerst nicht für produzierendes Gewerbe benötigten Flächen bereitgestellt werden.

Die wachsende Bedeutung des informellen Bereichs mit seinen spezifischen Strukturen muß auch in der Flächenpolitik berücksichtigt werden. Wesentlich ist hier vor allem, daß die Stadtpolitik nicht unnötig Quartiere unter Aufwertungsdruck

setzt, die gerade für diesen informellen Bereich als Standort geeignet sind (Beispiel Eldenaer Straße).

In diesem Zusammenhang erscheint es sinnvoll, neue Haustypologien zu entwickeln, die eine Mischung von Wohnen und Arbeiten ermöglichen und eine hohe Flexibilität aufweisen. Modellprojekte könnten dieser Forderung Nachdruck verleihen.

3. Nachbarschaftsentwicklung als neue Aufgabe der Stadtentwicklung

Auch in deutschen Großstädten gibt es inzwischen zunehmend Anzeichen dafür, daß sich Dauerarbeitslosigkeit und Armut sowie teilweise auch der Anstieg der Jugendkriminalität in bestimmten Stadtteilen konzentrieren, die häufig auch städtebaulich Erneuerungsbereiche sind. Für die Politik der Stadterneuerung ergibt sich aus dieser Perspektive:

Es müssen mehr Mittel - u.a. aus dem Wohnungsbau - in die laufende Stadterneuerung gelenkt und noch intensiver und flexibler als bisher mit den Möglichkeiten der Selbsthilfe verknüpft werden.

Angesichts der beschriebenen Entwicklung ist eine neue Strategie der sozialen Stadterneuerung zu konzipieren, in deren Mittelpunkt nicht die baulichen und städtebaulichen Maßnahmen stehen sondern die Mobilisierung und Unterstützung der kreativen Eigenkräfte der Menschen in den betroffenen Quartieren. Wesentlich ist, daß schon das Entstehen solcher Gebiete verhindert werden muß. Dies erfordert selbstbestimmte Organisationsformen der Nachbarschaftsentwicklung (Agenturen) und Unterstützungsprogramme, die eine aufgabenorientierte Bündelung von Fördermitteln ermöglichen. Dazu muß der übliche Ressortegoismus zugunsten einer konzertierten Aktion der Bau-, Arbeits- und Sozialverwaltung aufgegeben werden.

4. Die Erweiterung der Raumplanung um den Faktor Zeit in der Stadt

Die Stadtpolitik hat noch nicht thematisiert, in welchem hohem Maße die zeitliche Organisation des Stadtlebens und der Stadtnutzung sowie die gängigen Muster und Konzepte der räumlichen Planung immer noch auf das Zeitmode!! der Industriearbeit orientiert sind. Der Wandel der Arbeitswelt und der klassischen Arbeitsverhältnisse wird erhebliche Veränderungen für den Zeitrhythmus der Stadt z.B. in Verkehr, Ver- und Entsorgung, Handel und Freizeit nach sich ziehen. Die Koordinierung eigener und fremder Zeitrhythmen wird zunehmend zu einer zentralen Aufgabe des einzelnen Stadtbewohners wie der Stadt selbst, deren Bewältigung neue Chancen aber auch neue Probleme („Zeitbehinderte“) erzeugt.

Es besteht dringender Klärungsbedarf, welche konkreten Folgen und Aufgabenstellungen aus dieser Entwicklung für die Stadtentwicklung und die Stadtpolitik zu erwarten sind. Insbesondere geht es um Konsequenzen für die räumliche Nutzungsverteilung und Standortplanung sowie um die Sicherung sozialverträglicher Zeitstrukturen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie wird aufgefordert, diese Fragen in einer Studie bearbeiten zu lassen.